

Volksstimme

Sozialdemokratisches Organ für den Regierungsbezirk Merseburg.

Die „Volksstimme“ erscheint täglich abends (mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage). Verantwortlicher Redakteur für den Teil Ostales und Kronprinzliche Reichs-Delegierter für die Anstalten Rudolf Kochanski, Halle, für den übrigen Inhalt Otto Pollender, Leipzig. — Verl. der Volksstimme G. m. b. H., Halle, Große Ulrichstraße 27. — Druck Freie Presse G. m. b. H., Leipzig, Königl. Str. 5.

Bezugspreis: Monatlich 1 Mark, beim Abholen von der Expedition 90 Pfennig. Bei den Postämtern 1 Mark 20 Pf. ohne Befreiung. Einzelne Nummern 10 Pf. — Inzeratumsgebühren: Die Zeitungsbeilage 20 Pfennig, Inzeratums auswärts 25 Pfennig, im Postamtgebühren 30 Pfennig. Verlag u. Expedition: Halle, Große Ulrichstraße 27. Fernspr. 5407. — Zeitungspreissetze Seite 411.

Nr. 188.

Halle, Freitag den 16. August 1918.

2. Jahrgang.

Die Geltung des Brester Friedens.

Wohltraf Kaiser Karl mit großem politischen Gefühl im Großen Hauptquartier ein, wo sich alle leitenden Männer der Reichsregierung, mit Ausnahme des Reichskanzlers — wenigstens wurde seine Abreise nicht gemeldet — ein Stellchen gegeben haben.

Ein solches Massenaustragen berühmter Zeitgenossen deutet auf großes Gelingen. Die Annahme ist wohl richtig, daß im Osten „feste Verhältnisse“ geschaffen werden sollen. Das Streben ist an sich loblich. Jede politische und wirtschaftliche Arbeit wird im besten Gebiete durch die Unübersicht über ihre Zukunft gelähmt. Aber schaffen die jetzigen Verhandlungen wirklich feste Verhältnisse, bringen sie endgültige Entscheidungen, schaffen sie eine einseitige Mitarbeit, die die Voraussetzung einer großzügigen, anhaltenden Arbeit ist?

Die Lösung der Ostfragen ruht auf dem Brester Frieden. Die Erwartung, daß die jetzt zu einem „gewissen“ Abschluss gelangten Verhandlungen in Berlin mehr als die Ausführungsbestimmungen des Brester Friedens zum Ziele hatten, dürfte irrig sein. Der Inhalt dieser ergebnissenlosen Verhandlungen ist nicht bekannt. Aber der Umstand, daß der Vertreter der Sowjetrepublik Josse persönlich in die Verhandlungen teilgenommen hat, doch noch schiefen, daß ihre Annahme durch die Regierung, wenn sie auch sehr wahrscheinlich sein mag, doch keine platt Selbstverständlichkeit ist. Auch das spricht dagegen, daß jetzt unter dem Titel von „Ausführungsbestimmungen“ eine tatsächliche Revision des Brester Vertrages erfolgt ist. Die deutsche Regierung hält an diesem Schermerfrieden fest und vermeidet jeden Anstoß, als hätte sie sich durch die Tagesereignisse im Westen irritieren lassen.

Aber ist der Brester Frieden eine wirklich unerschütterliche Grundlage, auf der ein dauerhafter Weltfrieden aufzubauen werden können? Ist er der vollende Eintrachtspunkt, dem dem die Königreiche, Kronbesetzungen und andere große Kriegsverwicklungen und glanzvoll abzusehen? Vor allem eine Tatsache, die der deutschen Öffentlichkeit aus dem Bewußtsein entwichen oder richtiger, überhaupt nie zum Bewußtsein gekommen zu sein scheint: der Frieden von Brest-Litowsk ist von keiner Grobmacht anerkannt.

Die Anerkennung des Brester Friedens muß erst gegen alle Grobmächte der Welt erstritten werden! Und jebermann sei sich darüber klar, daß er nicht minder unerwünschter Feindschaft begegnet als die offene oder versteckte Weigerung Belgiens. Es ist ein tödliches Royal-Craus-Spiel, den Brester Frieden solange in der deutschen Presse als höchste Selbstverständlichkeit zu behandeln, bis ihn auch die anderen selbstverständlich finden. So dummiß sind die anderen nicht! Auch George exemplifiziert nicht umsonst in jeder seiner Reden vom dem Brester Schermerfrieden, wie ein guter Frieden nicht entstehen dürfte.

Die Diskussion des Brester Vertrages auf der allgemeinen Friedenskonferenz liegt ihm deshalb nahe, weil die politischen Probleme ineinander greifen wie die Fäden eines Gewebes. Wie soll über Mesopotamien und Persien gesprochen werden,

ohne daß russisch-amerikanische, die beherrschende Hochburg Vorderasiens, oder Zerkeln erwähnt werden? Wie sollen auf dem Balkan neue staatliche Grenzen gezogen werden, ohne daß der Zusammenhang zwischen dem serbisch-bulgarenischen, dem bulgarisch-rumänischen, dem rumänisch-bessarabischen Problem beachtet wird?

Es gibt nur eine Möglichkeit, den Brester Frieden zu besprechen, seine Korrekturen von außen zu verhindern, seine Internationalisierung zu vermeiden: den alles überwindenden Weltfrieden zu erringen! Das ist die einzige Möglichkeit, die den Brester Frieden zu retten ist.

Die letzten Ereignisse mahnen den Weltfrieden zu erringen, zum mindesten einen Teil davon. Aber wir leugnen die Möglichkeit dieses triumphalen Sieges nicht. Wir geben sie zu! Aber wir fragen die Reichsleitung, ob sie mit gutem Gewissen Deutschlands Gedeihen und Verderb auf diese eine Möglichkeit setzen kann? Oder hält sie es nicht selbst für klüger, vor der logischen organischen Fortsetzung des Brester von Brest-Litowsk zu warten, bis jene Möglichkeit eine vollendete Tatsache ist?

Das politische Ziel ist die Stabilisierung der Verhältnisse im Osten. Ein würdevolleres Ziel, dessen Erreichung für mich nicht gering ist, ist die Erreichung der Weltfriedenskonferenz. Aber diese Diskussion kann begrenzt werden, wenn die Verhandlungen der Grobmächte in Brest-Litowsk, nach der großen russischen Kapitulation eine Vertragsregelung zu jeder Zeit durchsetzen wollen und durchsetzen zu können hoffen dürfen. Dazu genügt weder eine Vertragsregelung mit wohl gefälligen Phrasen, noch der Brester Frieden, der von einer Regierung geschlossen ist, die sich nicht im unerschütterlichen Besitz der Selbstverständlichkeit befindet, sondern im Grunde nur eine Partei im Bürgerkrieg ist. Die bolschewistische Regierung ist von Deutschland anerkannt, oder nicht von der Entente und großen unerschütterlichen Parteien; die sibirische Regierung ist von der Entente und den grundhaftesten Gegnern der Bolschewisten, aber nicht von Deutschland anerkannt. Die sibirische Regierung lehnt jede verbindliche Verpflichtung aus dem Brester Vertrage für sich ab. Kurz und gut: Der Brester Frieden ist kein Definitivum, sein Schicksal hängt von dem Ausgang des Bürgerkrieges in Russland und des Feldzuges im Westen ab.

Darum warnen wir in letzter Stunde, die Ehre des deutschen Volkes für Königreiche zu engagieren, die auf Fingern abzuzaehlen sind, Staaten zu produzieren, deren Schaffung von noch ganz unklaren Rückschlüssen auf die Mittelmächte kein kann. Das deutsche Volk schaut sich für Deutschland nicht für Polen, Litauen, Kurland, Estland, Livland, und der Frieden von Brest-Litowsk ist nicht die Krone eines deutschen Soldaten wert!

Der Weltkrieg ist ein Kampf um die Ehre des deutschen Volkes für Königreiche zu engagieren, die auf Fingern abzuzaehlen sind, Staaten zu produzieren, deren Schaffung von noch ganz unklaren Rückschlüssen auf die Mittelmächte kein kann. Das deutsche Volk schaut sich für Deutschland nicht für Polen, Litauen, Kurland, Estland, Livland, und der Frieden von Brest-Litowsk ist nicht die Krone eines deutschen Soldaten wert!

Freies Wort.

Die Zeitungen haben in der letzten Zeit mehrfach berichtet, daß jede Verhandlung der Wahlrechtsfrage in öffentlichen Versammlungen innerhalb bestimmter Bezirke unmöglich gemacht worden ist. So hat a. B. Schiebemann in Goslar, nicht aber Tagel autor in Solingen über die Wahlrechtsfrage sprechen dürfen. Gerechtigkeit ist hinzuzufügen, daß bei solchen Verboten nicht nur die Sozialdemokratie, sondern auch andere Parteien betroffen worden sind. So hat die Volksstimme in Goslar, nicht aber Tagel autor in Solingen über die Wahlrechtsfrage sprechen dürfen. Gerechtigkeit ist hinzuzufügen, daß bei solchen Verboten nicht nur die Sozialdemokratie, sondern auch andere Parteien betroffen worden sind. So hat die Volksstimme in Goslar, nicht aber Tagel autor in Solingen über die Wahlrechtsfrage sprechen dürfen. Gerechtigkeit ist hinzuzufügen, daß bei solchen Verboten nicht nur die Sozialdemokratie, sondern auch andere Parteien betroffen worden sind.

Nun wird man ohne weiteres sagen können, daß über das preußische Wahlrecht genug geredet worden ist und daß es durchaus an der Zeit wäre, ohne dieses weitere Entzweigen das gleiche Wahlrecht in Preußen durchzuführen. Aber da leider die Aussicht sehr gering ist, daß die preußischen Abgeordneten sich zu einem Akt großzügiger Willkür erlösenden Erlösung bereitwillig, wird eben um das Wahlrecht gekämpft werden müssen. Die Germania hat jüngst angekündigt, daß nach dem Entschluß der Beratungen im Reichstag die Regierung sehr bald durch die Regierungspräsidenten die Gemeindeverbände anrufen könnte, die Wahlkreise in Ordnung zu bringen. Das ist eine notwendige Maßnahme, aber eine noch wichtigere scheint es uns, die öffentliche Meinung über die Wahlreform überall freizugeben.

Es bedarf heute keiner Erörterung der Gründe, welche einzelne Generalkommissionen voranzutreiben, die Verhandlung der Wahlrechtsfrage für öffentliche Versammlungen freizugeben, andere bestimmt haben, sie zu verbieten. Solange die Aussicht bestand, die Wahlreform im preussischen Landtag lediglich mit parlamentarischen Mitteln durchzuführen, mochte das immerhin — für die Regierung, nicht für uns — erträglich erscheinen. In dem Augenblick jedoch, in dem die Regierung eine Verfügung ins Auge faßt, in dem sie übertrifft einen Appell an das Volk denkt, muß in der Wahlrechtsfrage überall ein freies Wort gesprochen werden, will sich nicht die Regierung von vornherein das Schwert stumpf machen lassen, mit dem sie ihre Feinde zu bekämpfen gedenkt. Nur die freieste Propaganda der Gründe, welche gebieterisch für die sofortige Durchführung des gleichen Wahlrechts sprechen, kann die nötige werdende Kraft entfalten, um eine sichere wahlreformfreundliche Mehrheit in das Abgeordnetenhaus zu bringen.

Wie wir wissen, hat der Parteivorstand niemals aufgehört, die Regierung in der Wahlrechtsfrage vorzutreiben zu treiben. Die verantwortlichen Herren haben sich über die Wahlreform im letzten Winter in den meisten Tagen, im Beginn und Anfang September nimmt die Herrenkommission formell ihre Wahlrechtsverhandlungen auf. Dem muß jeder bald der Moment der Entscheidung kommen, in dem die Regierung sich klar darüber wird, ob sie weiter an der parlamentarischen Forderung auf eine Verhängung festhält oder ob sie dem Kampf endlich ausweichen entschlossen ist. Der erste Schritt dazu müßte aber nicht die Anweisung an die Gemeindeverbände zur Instandsetzung der Wahlkreise sein, sondern auch die Freigabe der Behandlung der Wahlrechtsfrage in allen Generalkommissionen. Das müßte der Parteivorstand alsbald vom Kaiser fordern. Kann die Regierung das nicht durchsetzen, so muß es ihr von vornherein klar werden, daß sie nicht die Kraft besitzt, die Wahlreform durchzuführen, und es bliebe ihr nur übrig, daraus die entsprechenden Folgerungen zu ziehen. Das freie Wort muß die wichtigste Waffe im Wahlrechtskampf werden.

Malby über seine baldige Rückkehr nach Paris.

Genf, 15. August. Nach Meldungen französischer Blätter erfuhr Malby in San Sebastian seinen dort weilenden Freunden, daß er über die internationalen Verhältnisse sich im Auslande nicht äußern wolle. Nur so viel könne er sagen, daß er in wenigen Monaten wieder in Paris sein werde. Die Herrschaft der Reichsleitung, der Verantwortungslösung und der Neutralität sei innerlich viel wichtiger, als es den Anschein habe. Die Stunden seiner Männer, die es zur Aufgabe machen, den Hof zwischen den einzelnen Völkern zu führen, um eine gegenseitige Verständigung zu hinterlassen, seien gelöst. Wenn er Paris wiedersehen werde, werde es ein glückliches Paris sein, das dem Frieden nahe sei wie jetzt.

Rundgebung des Volksbundes für Freiheit und Vaterland.

Stärker als je offenbart sich der Vernichtungswille der leitenden Staatsmänner unserer Feinde gegen Deutschland. Sie befehlen nicht nur auf der vollen Zerstörung unserer Waffenmacht, sie befehlen auch auf ihren Vätern, dem deutschen Volk einen schimpflichen Frieden auszuhandeln und es durch Abseignung der Kolonien und Resten des Weltverkehrs in wirtschaftliche Ohnmacht zu drücken.

Diese Anschläge der Feinde, die sie zu Beginn des fünften Kriegesjahres laut verkünden, obwohl in ihren eigenen Händen die Friedenshoffnung der Nation sowohl wie der Einigkeit nicht liegen und die unabweisbare Pflicht äußerster Kraftanstrengung und fester Sammlung zur Verteidigung des Vaterlandes auf jeder Mann und jede Frau muß sich klar sein, es geht um Leben, Ehre und Freiheit unseres Volkes. Deutschland würde in ungeborenes Elend verfallen, wenn die Feinde siegen sollten.

Seit dem ersten Tage des Weltkrieges ist unser Volk von der tiefsten Ueberzeugung befaßt, daß der ihm ausgegangene Kampf um das Dasein einer Verteidigung seiner heiligsten Güter gilt. In diesem Bewußtsein hat es Ströme seines besten Blutes vergossen, unzählige Opfer gebracht und namenlose Leiden erduldet. Nicht um Ränder zu gewinnen, nicht um die Weltbeherrschung zu erringen, sind Deutschlands Söhne ausgegangen. „Und treibt nicht Eroberungslust!“ Dies Wort des 4. August 1914 gilt auch heute noch. Und der diesem Kampfe eine andere Zeitung gibt die eine Partei der Verteidigung, der fester Geist und feste unser Volkes. Die Waffen müssen sprechen, weil die Feinde es wollen. Aber im freien Kampfe auf die Stadt unserer Fronten und die Standschichtigkeit der Heimat sprechen wir es gerade anstandslos des Vernichtungswillens unserer Feinde aus, daß das deutsche Volk, für den übergeordneten Zweck der „Volksbund für Freiheit und Vaterland“ Wort führen ist, das Ziel dieser Verteidigungskämpfe in einem Frieden in Ewigkeit für alle liegt in einem Frieden

der Verhängung, ohne gewöhnliche Anzügen und erzwungenen Kontributionen, in einem Frieden, der die Unbescholtenheit unseres Vaterlandes und die Entwidlungsfreiheit unseres Volkes ebenso sichert, wie er auch unseren Feinden die gleichen Güter gewährleistet. Der auf Recht und Gerechtigkeit begründete Weltfrieden, die allgemeine Einführung der Schiedsgerichtsbarkeit, der freie Austausch von Gütern in Handel und Verkehr, die Wiederherstellung der Kulturgemeinschaft aller Völker sind hohe Ziele, die nur bei der Freiheit des Volkes möglich sind.

Wenn die Regierungen und Völker unserer Feinde diese unbescholtenen Ziele des deutschen Volkes hören! Rufen auch die neutralen Länder sie heucheln! Noch einmal, dies ist die wahre, echte Stimme des deutschen Volkes, das zum Kampfe entschlossen, solange die Not es zwingt, jede Kriegsbegründung und den Krieg nicht einen Tag länger fortzusetzen gemißt ist, als nötig ist, um einen gerechten, dauernden Frieden für alle zu sichern.

Der Volksbund für Freiheit und Vaterland wendet sich aber auch gegen die inneren Feinde unseres Volkes, die ihm die Freiheit seiner politischen Entwicklung verweigern, seinen wirtschaftlichen und geistigen Aufstieg hemmen, seine geschlossene Kraft lähmen wollen. Wer heute große Parteien und breite Massen, die dem Vaterlande im Kampf nach Außen ihr Bestes weihen, befehlen, ihre Bemühungen verächtlich, ihren verdienstlichen Anstrengungen aufhebend, feierlich aufgelagte Rechte hinwegzuziehen und damit seine der Freiheit und der Erhellung der Welt — der verbindlich sich am Vaterlande, schwächt die Nation und wird zum Unselbsterhalt der äußeren Feinde. Freiheit und Vaterland sind unerschütterliche und lebenden Volke in diesen Jahren des Weltkrieges zu einem untrennbaren Wesen verknüpfen — mit diesem Selbst gibt es in den Kampf der Waffen, mit dieser Lösung geht es an die Werte des Friedens!

